

VDR-Presseerklärung vom 23.05.2014 zum 23. Bundesrealschultag in Fulda

## 23. Bundesrealschultag: „Gute Bildung – reale Chancen“

### VDR-Vorsitzender Böhm im Amt bestätigt – „Inklusion“ und „berufliche Ausbildungsfähigkeit“ zentrale Beratungsthemen der Delegierten

**Auf einer Pressekonferenz in Fulda unmittelbar im Anschluss an die Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand erläuterte Jürgen Böhm, für weitere vier Jahre im Amt bestätigter Vorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes, gegenüber Medienvertretern Ziele und Arbeitsschwerpunkte seiner Organisation. Mit Schärfe kritisierte er dabei die Ergebnisse jüngster Bildungsreformen, bei denen keine Qualitätsverbesserungen nachweisbar seien, die aber Kollegen und Kolleginnen mit umfangreicher Mehrarbeit belasteten.**

Zum Thema „Inklusion“ stellte Böhm fest: „Inklusion ist nur mit entsprechenden Ressourcen möglich“ und erläuterte dabei, welche Forderungen der Verband an seine politischen Ansprechpartner stellt, wenn sie im Regelschulsystem erfolgen soll. Zu ihnen gehören ausreichende Lehrerstunden, der Einsatz von Förderschullehrkräften in den Regelschulen, die Gewährung von Team- und Beratungsstunden, Entlastungsstunden für Lehrkräfte mit Klassenleitungsfunktionen, eine pädagogisch vertretbare Lehrer-Schüler-Relation und zusätzliche Spezialkräfte in Abhängigkeit zu spezifischen Beeinträchtigungen von Schülern und Schülerinnen.

Weiter kritisierte Böhm die einseitige Hinwendung zahlreicher Bildungspolitikern zu akademisch ausgerichteten Bildungsgängen. Die Maxime, nach der der Mensch erst mit dem Abitur beginne, erlebe die Wirtschaft zunehmend als Belastung. Erstmals hätten im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte der jungen Leute eines Jahrgangs ein Studium aufgenommen, entsprechend weniger eine berufliche Ausbildung begonnen. Unternehmer klagten über die sinkende Qualifikation von Auszubildenden, Universitäten vermissten bei ihren Anfangsemestern die für einen erfolgreichen Studienabschluss erforderliche Studierfähigkeit.

Indem die Fachkräftelücke in der deutschen Wirtschaft immer größer werde, tauche in jüngster Zeit vermehrt der Ruf nach der anerkannten Realschule und dem anerkannten Realschulabschluss auf, hob Böhm in seinem Statement gegenüber den Medien hervor. Entsprechendes stehe sogar im Koalitionsvertrag der beiden Regierungsparteien in den Passagen zur beruflichen Bildung. Wenn man den Koalitionsvertrag ernst nehme, dann müsse man endlich auch die Qualität der differenzierten Schularten anerkennen und an deren Profilbildung arbeiten.

„Es geht nicht mehr um „eine Schule für alle“, sondern um die richtige Schule, den richtigen Weg für den einzelnen Schüler“, schloss Böhm.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der ca. 20.000 Mitglieder zählenden Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit. Der VDR ist Diskussionsplattform, Sprachrohr und Dienstleister für seine Landesverbände und ihre Mitglieder.

# Positionspapier „Inklusion“ des VDR

## Inklusion darf niemanden benachteiligen

Mai 2014

Den Landesverbänden im VDR Bund ist es ein wichtiges Anliegen, dass behinderten und nicht behinderten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet wird. Im Bildungsbereich wird seit Jahren ein inklusiver Unterricht vorangetrieben. Gleichberechtigte Teilhabe ist aber nur möglich, wenn die Wege der schulischen Inklusion vom **Wohl aller Kinder** ausgehen sowie realistisch und frei von ideologisch motivierter Instrumentalisierung sind.

Das **differenzierte Förderschulwesen in Deutschland** mit seinem hochprofessionellen Lehrpersonal hat sich bewährt. Anstatt es zur Disposition zu stellen, sollte man für dessen Weiterentwicklung und Finanzierung Sorge tragen, um es für die Umsetzung der Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in der Arbeitswelt zu nutzen.

**Inklusion darf nicht als Einsparmodell missbraucht werden und ist nur dann zu befürworten, wenn die jeweilige Lerngruppe insgesamt von der Inklusion profitiert!**

Das Ziel jeder behindertenpädagogischen Bildungsmaßnahme ist eindeutig und unumstritten: Es geht um die berufliche und soziale Eingliederung dieser jungen Menschen. Daran muss sich jede Bildungsmaßnahme messen lassen.

**Wichtige Rahmenbedingungen und Maßnahmen** müssen erfüllt werden, um den Prozess der Inklusion umsetzen und begleiten zu können sowie Fehlentwicklungen zu verhindern:

- 1. Jedes Kind soll und muss nach seinen individuellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen gefördert und gefordert werden.** Jede Form der Behinderung und / oder Benachteiligung muss individuell und differenziert betrachtet werden. Das Kindeswohl in seiner je eigenen Ausprägung ist entscheidend.
- 2. Eine differenzierte Diagnostik der individuellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen unter Einschluss der Kind-Umfeld-Analyse** ist für die individuelle Förderung - unabhängig vom Förderort - unabdingbar.
- 3. Inklusion ist nur mit entsprechenden personellen Ressourcen** möglich. Inklusion im Regelschulsystem benötigt: ausreichende Lehrerstunden (mindestens Doppelbesetzungen), Einsatz von Förderschullehrkräften, Team- und Beratungsstunden, Entlastungsstunden für Klassenlehrkräfte, eine pädagogisch vertretbare Lehrer/Schüler-Relation und zusätzliche spezialisierte Kräfte.

4. Inklusion erfordert zusätzlich zu den Ressourcen **mehr Freiräume für eigenverantwortliches Handeln** in Fragen der Schulorganisation, des Personaleinsatzes und der Profilbildung der jeweiligen Schule.
5. Eine **differenzierte Lehrerausbildung** ist weiterhin zwingend erforderlich. Die Vorstellung, alle Lehrkräfte könnten zu Spezialisten der Inklusion ausgebildet werden, ist realitätsfremd.
6. **Unterstützungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte** müssen den Prozess der Inklusion permanent begleiten.
7. Die **technische, bauliche und sächliche Ausstattung der Schulen** muss auf die Bedürfnisse der jeweiligen inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte, Fachkräfte und der jeweiligen Förder-, Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen angepasst werden.

**Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Lorz, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender des dbb, lieber Klaus, sehr geehrte Ehrengäste, sehr geehrte Damen und Herren Delegierte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde und Mitstreiter,**

Konfuzius sagt:

„Sich ein Ziel im Leben stecken, die guten Anlagen in sich festigen, ein anständiges Leben führen ..., (das) bedeutet den Weg der Bildung“. Diese Aussage zu guter Bildung trifft der große chinesische Philosoph und Denker bereits im 5. Jahrhundert vor Christus.

Bis heute steht der Begriff der guten Bildung im Mittelpunkt allen öffentlichen Interesses und Bekenntnisse zu guter Bildung sind allerorten zu vernehmen.

### ***Gute Bildung – reale Chancen!***

Was ist heute gute Bildung? Was sind reale Chancen?

Es ist bezeichnend, dass das Motto unseres 23. Bundesrealschultages hier in Fulda auch in dieser Stadt geboren wurde. Nachwuchskräfte aus den einzelnen Landesverbänden formulierten im April 2013 das wegweisende und zukunftsorientierte Motto. Der VDR und seine Landesverbände fühlen sich guter, qualitativer Bildung und den realen Zukunftschancen für unsere Jugend verpflichtet.

Das zeichnet unseren Verband aus – das eint uns über die Landesverbände – das lässt uns in die Zukunft blicken.

Bereits im Jahre 1974, genau vor 40 Jahren, tagte in Osnabrück der 12. Bundesrealschultag zum Thema „Schule zwischen Utopie und Realität“. Bereits damals stand der VDR fest zu Qualität und Realität.

Wir Lehrkräfte an Realschulen bzw. an Sekundarschulen, die sich der realen Bildung verpflichtet sehen, haben den Bezug zur Realität nie verloren und wissen, dass reale Chancen in unserer Gesellschaft nicht durch formale Quotenzettel zu erhalten sind, sondern durch gute Bildung. Deshalb ist das gewählte Motto für 2014 hochaktuell. Die Nutzung realer Chancen bei der Entwicklung der Persönlichkeit und bei der Gestaltung der Lebenswirklichkeit setzen in der Tat gute Bildung voraus!

Heute nach vier Jahrzehnten muss man feststellen, dass viele bildungspolitische Utopien der 60er und 70er Jahre gescheitert sind und die Realität in einigen Bundesländern sehr traurig aussieht. Mitunter hatte man in den vergangenen Jahren das Gefühl, dass sich die Bildungspolitik in unserem Land immer weiter von der Qualität in der Bildung und von der Realität entfernt. Alle Utopien der Einheitsschulmissionare sind krachend gescheitert und die empirische Forschung zeigt, dass die differenzierten Schularten eindeutig bessere Ergebnisse und eine höhere Bildungsqualität hervorbringen.

Eine Reform jagte die andere, jede neue Landesregierung erfand neue Schulformen, die Gymnasialzeit wurde gekürzt und verlängert, Realschulen wurden zu nebulösen Schulformen zwangsvereinigt. Der Bildungsqualität hat das nicht gut getan. Und die Zukunftschancen unserer Kinder sind nicht besser geworden - im Gegenteil.

Die ausbildende Wirtschaft beklagt inzwischen immer lauter den ansteigenden Fachkräftemangel und fordert hohe Qualität der Berufseinsteiger. Zudem muss deutlich kritisiert werden, dass diese sogenannten „Bildungsreformen“ als Sparreformen einzustufen sind. Sie haben zu keiner Qualitätsverbesserung geführt, allerdings zu einer erheblichen Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen. Hinzu kommt, dass durch die teilweise chaotisch vorangetriebenen Strukturveränderungen und die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft die Anforderungen an die Lehrkräfte immer mehr zunehmen, ohne dass entsprechende Fortbildungs- bzw. Entlastungssysteme aufgebaut werden. Oft fehlen notwendige differenzierte Fördermöglichkeiten für Schüler oder Schülergruppen.

Das kann so nicht hingenommen werden.

Die Maxime, wonach „der Mensch erst mit dem Abitur begänne“, erlebt man in der Wirtschaft zunehmend als Belastung. Die berufliche Bildung, als das Aushängeschild der bundesdeutschen Bildungslandschaft, wird in der öffentlichen Diskussion mehr und mehr zu Gunsten einer nichtssagenden „Abiturquote“ verdrängt.

Unternehmer klagen über die sinkende Qualifikation der Auszubildenden, Universitäten stellen fest, dass Studenten keine Studierfähigkeit besitzen.

Niemand geringeres als Prof. Wolfgang Marquard, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates stellte fest: „...wie fehlgeleitet die gesamte Schulreformpolitik der vergangenen Jahrzehnte war

und ist.“ Oder wie die Wirtschaftswoche vom 04.03.2014 nach der Analyse der Studie „The Long-Term Effects of Early Track Choice“ verkündet: „Der Popanz der Bildungspolitik ist entzaubert“.

Der Tunnelblick mit dem sogenannte Bildungspolitiker jegliche Qualität der Abiturquote opferten, ließ den Blick für die Realität aus der Bildungspolitik verschwinden. Selbst der sozialdemokratische Bildungsvordenker Julian Nida-Rümelin beklagt eine einseitige Akademisierung ohne realistischen Blick auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Plötzlich taucht der Ruf nach der anerkannten Realschule und dem anerkannten Realschulabschluss wieder auf, plötzlich merkt man, dass die Fachkräftelücke immer größer wird. Der Realschulabschluss wird in allen Bundesländern als Gütesiegel gesehen, der eine gute qualitative Basis für immer anspruchsvollere Berufsfelder ist. Wer den Realschulabschluss fordert und vergibt, muss jedoch auch dafür sorgen, dass Realschulbildung möglich ist und stattfindet.

Selbst im Koalitionsvertrag der Bundesregierung bemerkt man die Orientierung auf die Realität. Man kann fast nicht glauben, dass diesen Koalitionsvertrag auch Politiker unterzeichnet haben, die noch vor Wochen allein in einer einseitigen Akademisierung das Wohl aller Kinder sahen und „eine Schule für alle“ und das „Abitur für alle“ forderten. Endlich bekennt sich eine Bundesregierung in diesem Vertrag einmal ganz klar zur hervorragenden beruflichen Bildung in Deutschland und weist auf vielfältige Übergangsmöglichkeiten und die Durchlässigkeit des föderalen Bildungswesens der Bundesrepublik hin.

„Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und bietet vielen Menschen eine hervorragende Qualifizierung und damit einhergehende positive Karriere- und Lebenschancen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres künftigen Fachkräftebedarfs und Wohlstands.“ (Koalitionsvertrag, S. 31)

Wenn man den Koalitionsvertrag ernst nimmt, dann muss man endlich die Qualität der differenzierten Schularten anerkennen und an deren Profilbildung arbeiten. Die Hauptaufgabe der Zukunft besteht im Schaffen und Organisieren von Übergängen und von Anschlussmöglichkeiten hin zu Abschlüssen, die auf unterschiedlichen Wegen erreicht

werden können. Es geht also nicht mehr um „eine Schule für alle“, sondern um die richtige Schule, den richtigen Weg für den einzelnen Schüler.

Wenn man dem Begriff „individuelle Bildungsbiographie“ Leben einhauchen möchte, braucht man auch Wahlmöglichkeiten und die Chance, verschiedene Wege zu gehen. Da sollten die Koalitionäre in Berlin, den Bildungspolitikern in einzelnen Ländern genau auf die Finger schauen, damit am Ende auch noch Schularten vorhanden sind, die individuelle Bildungsbiographien zulassen.

Wir brauchen einen Blick für die Realität. In erster Linie sind wir das den uns anvertrauten Kindern schuldig. Auch wir Lehrkräfte dürfen nicht zum Spielball einer verfehlten Bildungsreformitis werden. Bildungspolitische Fehlentwicklungen dürfen nicht auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen werden. Lehrkräfte dürfen nicht mit allen Problemen allein gelassen werden. Es darf nicht sein, dass die Kollegin und der Kollege vor Ort die strukturellen Fehlentwicklungen der „Gemeinschaftsschulsysteme“ ausbaden muss.

Wir müssen uns in breiten Bündnissen zusammenschließen, uns vernetzen und mit verantwortungsbewussten Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Handwerk, der Elternschaft und der Politik Fehlentwicklungen korrigieren. Das breite Bündnis „3xmehr“ für ein differenziertes Schulwesen – gegründet im September 2013 in München und die „Initiative für pädagogische Freiheit und Verantwortung“ – gegründet im November 2013 in Mülheim an der Ruhr, die maßgeblich mit unseren Landesverbänden und dem Bundesverband zusammenarbeiten, erheben Forderungen, die ein auf Zukunft gerichtetes Bildungswesen unbedingt beachten muss.

Einige Forderungen seien exemplarisch benannt:

- Der Erhalt und die Förderung des nachweislich hocheffektiven differenzierten Schulwesens – Bildungsvielfalt statt Einheitsbrei
- Die Erziehung von freiheitlich und sozial verantwortlich denkenden und handelnden Bürgern
- Die Forderung nach Lehrkräften statt Lernbegleitern, nach pädagogischer Freiheit statt bevormundender Steuerung!

- Die Forderung nach einer Professionalisierung der Lehrerausbildung und der Verhinderung jeglicher Tendenzen der Entakademisierung und Entprofessionalisierung – wie auch Hattie in seiner Metastudie nochmals klar herausstellte: „...auf den Lehrer kommt es an...“.
- Die Forderung nach einem Stopp der Nivellierung der Schulabschlüsse

Wir brauchen in Deutschland „Gute Bildung und reale Chancen“!                      Dafür stehen wir im VDR!    Wir stehen in den 13 Landesverbänden zusammen                      - für Qualität in der Bildung, - für individuelle Förderung aller Talente                      - für wirkliche Übergänge ins Berufsleben                      - für eine Inklusion, die das Kind in den Mittelpunkt stellt und nicht die Ideologie - Inklusion braucht Professionalität und Expertise und Inklusion braucht vor allem die hervorragend arbeitenden Förderschulen

- wir stehen für moderne, zukunftssträchtige Bildungsinhalte für Verbraucherbildung, für MINT- Förderung und für Berufsorientierung

Zur Zukunft gehört aber auch ein Konzept, wie man junge Menschen dazu motiviert, Lehrer zu werden. Hierzu benötigen die politisch Verantwortlichen langfristige und tragfähige Personalkonzepte, die eine wirkliche Antwort auf die demografische Entwicklung in Deutschland geben und Einstellungsmöglichkeiten bzw. langfristige Perspektiven aufzeigen und ihnen mit dem Beamtenstatus vermitteln, dass sie eine überaus wertvolle und hoheitliche Arbeit leisten. Wir sind die Unverzichtbaren – wie es die Nachwuchskampagne des dbb treffend formuliert.

Neben materiellen Anreizen für die jungen Leute muss weiter am positiven Image des Lehrerberufes gearbeitet werden. Hierbei sollten die Investitionen zielgerichtet eingesetzt werden. Wenn man in den Lehrerzimmern der Republik eine gesunde Mischung junger und erfahrener bzw. männlicher und weiblicher Lehrkräfte schaffen möchte, dann muss man klug investieren. Man muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, Lehrkräfte nicht



mit ihren Problemen allein lassen. Man darf Lehrkräfte nicht „verheizen“, sondern man muss Konzepte zur Gesunderhaltung der Lehrkräfte entwickeln.

Dann gelingt auch eine Wende zur digitalen Bildung in den Schulen, dann kann man MINT-Förderung betreiben und dann glauben wir auch daran, dass reale Chancen für die Jugend in Deutschland weiter verbessert und neu Perspektiven eröffnet werden.

Wir fordern endlich sinnvolle Investitionen in Bildung und die Abkehr von teuren Schulstrukturexperimenten auf dem Rücken unserer Kinder. Wir können uns in unserem Hochtechnologieland keine Niveauabsenkung im Bildungsbereich leisten. Lassen wir uns nicht von den Schleichers und OECD-Ideologen einreden, dass differenzierte, qualitative Bildung überholt sei. Für unsere Grundüberzeugungen lohnt es sich weiter einzutreten, das sind wir unseren Kindern und unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig. Zumal wir aktuell feststellen können, dass sich die bildungspolitische Debatte wieder in Richtung unserer Überzeugungen dreht.

Wir stehen für eine moderne, zukunftsfähige Bildung! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung!

Gute Bildung – reale Chancen! – dafür stehen wir im VDR auch in Zukunft.

Wie schon Konfuzius sagte:

„Sich ein Ziel im Leben stecken, die guten Anlagen in sich festigen, ein anständiges Leben führen ..., (das) bedeutet den Weg der Bildung“

Ziele kann sich nur der stecken, der dazu befähigt wurde, sich selbst zu hinterfragen.

Die guten Anlagen können sich nur festigen, wenn man entsprechend gefördert und gefordert wird.

Ein anständiges Leben kann man nur führen, wenn man in der Lage ist, seinen Weg zu gehen.

Konfuzius ist nach 2500 Jahren immer noch aktuell.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.